

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

05
18

1. Mai
Picknick

Mit der Parteivorsitzenden Katja Kipping,
der Sozialbürgermeisterin Kris Kaufmann
und der Kulturbürgermeisterin
Annetkatrin Klepach
Alaunpark,
ab 11 Uhr

Free Lunch
Society

Es kommt darauf an,
die Welt zu verändern.

DIE LINKE.

www.dielinke-dresden.de

EDITORIAL



von Jens Matthis

Hobeln, bis der Spahn fällt

von Lucy Redler

Die Lage ist katastrophal: Über 100.000 Stellen fehlen in deutschen Krankenhäusern und 40.000 in der Altenpflege. Darunter leiden Patient*innen wie Pflegekräfte. „Die Wut und Verzweiflung unter den Beschäftigten ist groß, nicht nur weil sie keine Anerkennung für ihre Arbeit erfahren, sondern weil sie unzufrieden damit sind, dass sie ihr gelerntes Wissen und ihre Freude an der Tätigkeit nicht anwenden können“, so Dorit Hollasky, Sprecherin der ver.di-Betriebsgruppe am Klinikum Dresden.

Die Große Koalition hat nun die Einstellung von 8.000 zusätzlichen Kräften in der Altenpflege versprochen. Bei einem Bedarf von mindestens 40.000 Pflegekräften sind das 0,6 Stellen pro Einrichtung. DIE LINKE bezeichnet das zu Recht als „Pflästerchen auf die soziale Wunde.“ Für den Krankenhausbereich werden erst gar keine Zahlen genannt. Die Große Koalition spricht lediglich von der Einführung von Personaluntergrenzen ohne genauer zu definieren, wie solche aussehen sollen. Die Sorge liegt nahe, dass solche Personaluntergrenzen nicht bedarfsgerecht sein werden. Wen wundert es angesichts der Politik des Pharmalobbyistens Jens Spahn.

Für eine bedarfsgerechte Personalbemessung

Nötig ist stattdessen eine bedarfsgerechte und schichtkonkrete Personalbemessung. Dafür streitet DIE LINKE. Dafür kämpfen bundesweit viele Kolleg*innen in Krankenhäusern im Rahmen der ver.di-Tariffbewegung Entlastung. Den Anfang machten 2015 die Beschäftigten der Charité mit einem elftägigen Streik, der in einem Erfolg mündete: dem ersten Tarifvertrag für mehr Personal im Krankenhaus in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Slogans: „Mehr von uns ist besser für alle“ und „Nicht der Streik, sondern der Normalzustand gefährdet Patient*innen.“ Der Funke sprang über und Beschäftigte im Saarland und anderen Bundesländern traten ebenfalls in den Streik. Ohne diesen Druck durch Proteste und Streiks wären Merkel und die Koalition noch nicht mal gezwungen gewesen, das Thema verbal aufzugreifen.



Pflegenotstand stoppen! Menschen vor Profite!

Mehr Infos zum Volksentscheid in Berlin: www.volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de

Mittlerweile haben sich Berlin, Hamburg, Bremen, Dresden, Freiburg und anderen Städten Beschäftigte, Patient*innen und Aktive in Bündnissen für mehr Personal im Krankenhaus zusammen geschlossen. In Berlin und Hamburg starteten zu Beginn diesen Jahres Volksentscheide für mehr Personal. In Berlin haben wir innerhalb von zwei Monaten 20.000 Unterschriften gesammelt und wollen die Landesregierung zwingen, einen bedarfsgerechten Personal-Patienten-Schlüssel für alle Krankenhäuser festzuschreiben und die Investitionen in die Krankenhäuser maßgeblich zu erhöhen. Denn es ist nicht nachvollziehbar, warum im Cockpit zwei Pilot*innen vorgeschrieben sind, aber es keine Personalregelungen für Krankenhäuser gibt. Sowohl im Flugzeug als auch im Krankenhaus gilt: Mehr Personal kann Leben retten.

Hobeln bis der Spahn fällt

Doch auch das kann nur der Anfang sein. In Dresden ist das Städtische Klinikum dank des Bürgerentscheides 2012 Eigenbetrieb der Stadt, trotzdem ist der Personalmangel groß. Weil das Klinikum schwarze Zahlen

schreiben muss und die Einführung der Fallkostenpauschalen ihre schädliche Wirkung für Patient*innen und Personal entfaltet. DIE LINKE fordert deshalb die Abschaffung der neoliberalen Fallkostenpauschalen.

Im Falle privatisierter Kliniken streiten wir für deren Rekommunalisierung. In unserem Bundestagswahlprogramm haben wir gefordert, Unternehmen der Daseinsvorsorge und auch die Pharma- und medizinischen Industrie und weitere Schlüsselindustrien in die öffentliche oder gesellschaftliche Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen zu überführen.

Die Zeit ist reif für echte Veränderungen! Ein schöner Slogan, den wir bereits in Berlin einsetzen, lautet „Hobeln bis der Spahn fällt.“

MARX IS NOT DEAD! Oder wie man früher gesagt hätte: „Die Lehre von Karl Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist.“ Zum Zweihundertsten geht in Deutschland ein Gespenst um: Die Marxismania. Im Buchladen stapelweise Marx-Biographien, „Best of Marx“-Bücher und das „Kapital“ (günstig, nur 10 Euro). Im Lifestyle das übliche: MRX-T-Shirts, Marxtassen und Marx-Rucksäcke. In Trier gar eine neue Marx-Statue, fünfeinhalb Meter hoch, aus China und aus Bronze.

Und im wirklichen Leben? Die Marxistin Lucy Redler vom LINKEN-Parteivorstand schreibt darüber, wie es ist, wenn selbst Kranken- und Altenpflege zunehmend der Kapitalverwertungslogik unterworfen werden – Ärzte, Krankenschwestern und Altenpfleger gehören zu den modernen Proletariern. Das hätte wohl selbst Marx erschreckt – und es bestätigt ihn zugleich. Aber Lucy Redler schreibt auch, was man tun kann. Ganz im Marxschen Sinn: Die Welt nicht nur interpretieren, sondern sie verändern!

Und verändert werden muss in dieser Welt Vieles - in der deutschen Gesundheitspolitik, in der von ökonomischen und politischen Krisen geschüttelten Europäischen Union oder für die unendlich geschundene und leidende syrische Bevölkerung, die zwischen die Mühlsteine mächtiger imperialer Interessen geraten ist.

Weil es zu den vornehmsten Aufgaben einer sich marxistisch verstehenden Linken gehört, diese Veränderungen vorzubereiten, lädt die Dresdner LINKE zu einer Veranstaltungsreihe zum 200. ein. Das Programm ist in dieser Zeitung zu lesen. Und vier Tage vor Karls Jubiläum feiern wir schon mal ein bisschen vor- wie immer am 1. Mai, wie immer am Alaunplatz und wie immer gemeinsam.

Marx is muss

von Martin Hilbig

Wenn ein Theoretiker wie Marx nunmehr 200 Jahre alt wird, aber kein*e Linke*r scheinbar an ihm vorbeikommt, häufen sich eine Menge Fragen an: Was bedeutet Marx überhaupt heute für DIE LINKE als Partei? Was gibt es von ihm über aktuelle ökonomische Probleme und Feminismus zu lernen? Welches historische Vorbild diente ihm als Vorlage für die klassenlose Gesellschaft und wie kommen wir zukünftig dort hin? Und

was sagt Marx uns über ganz alltägliche Dinge wie Lohn, Arbeit und gewerkschaftliche Kämpfe? Diese vielen Fragen sollen in verschiedenen Formaten mit verschiedensten Referent*innen und an verschiedenen Orten debattiert werden. Bei den kleinen Lücken die Räumlichkeiten betreffend kann einfach im Vorfeld der Veranstaltungen im Internet auf unserer Webseite nachgeschaut werden: www.dielinke-dresden.de

Podiumsdiskussion „Was bleibt von Marx in der LINKEN?“

In ihrem Bundesprogramm zitiert DIE LINKE aus dem Kommunistischen Manifest mit „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ Aber wie aktuell ist Marx in der LINKEN überhaupt? Dienen seine Analysen überhaupt noch der konkreten politischen Willensbildung in der Partei

oder ist er nur noch identitätsstiftendes Maskottchen? Und wie lässt sich die Marxsche Beschreibung der „Klassen und Klassengegensätze“ mit Regierungsbeteiligungen und Reformbemühungen in Einklang bringen? Was kann ganz konkret an die „Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft“ treten? Diesen Fragen wollen unsere Gäste 200 Jahre nach Marxens Geburtstag kontrovers und solidarisch diskutieren.

Podiumsdiskussion mit **Ellen Brombacher**, eine der Bundessprecher*innen der Kommunistischen Plattform, **Katharina Doll**, Antikapitalistische Linke/ Revolutionäre Linke, **Rico Gebhardt**, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Landtag und **Jens Matthis**, Stadtvorsitzender DIE LINKE. Dresden

Freitag, 04. Mai, 19 Uhr | Haus der Begegnung | Großenhainer Str. 93

Vortrag und Diskussion „Marxismus und Feminismus“

Das Verhältnis zwischen Marxismus und Feminismus ist spannungsreich. Mit dem Bild der „unglücklichen Ehe“ hat die amerikanische Ökonomin Heidi Hartmann vor vielen Jahren problematisiert, dass in den marxistischen Analysen die Klassenfrage die Geschlechterfrage dominiert. Entsprechend zielt die feministische Auseinandersetzung

mit der Marx'schen Theorie zum einen darauf, die Kapitalismuskritik um eine Patriarchatskritik zu erweitern und ihren wechselseitigen Herrschaftscharakter offenzulegen. Zum anderen geht es aktuellen feministischen Analysen auch um die Weiterentwicklung der Kapitalismus-, Gesellschafts- und Herrschaftskritik von Marx.

Vortrag und Diskussion mit **Dr. Alexandra Scheele-Baer** (Universität Bielefeld)

Dienstag, 22. Mai, 18:30 Uhr | TU Dresden | Raum wird noch bekannt gegeben

Diskussion „Wie kommen wir zur befreiten Gesellschaft?“

Das Ziel einer ‚befreiten Gesellschaft‘ und der Anspruch einer emanzipatorischen politischen Praxis verbindet verschiedenste linke Strömungen und heterogene Spielweisen von Marxismus, Sozialismus und Anarchismus. In der Frage, wie diese abstrakten Begriffe mit konkreten Inhalten gefüllt werden und wie konkrete soziale, politische und ökonomische Praktiken und Kämpfe beschaffen sein müssten, um einem emanzipatorischen Anspruch gerecht zu werden, gibt es aber zahlreiche Differenzen und Konfliktfelder. Wie sollen plurale ‚Assoziationen frei vergesellschafteter Individuen‘ (Marx), die ihre sozio-ökonomischen Beziehungen und ihre gesellschaftlichen Naturverhält-

nisse unter ihre gemeinsame bewusste Kontrolle bringen, überhaupt aussehen? Was wären die angemessenen Organisations- und Aushandlungsformen?

Welche technologischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen hätten diese und inwiefern lassen sich Ansatzpunkte für andere gesellschaftliche Beziehungen in den gegebenen kapitalistischen Formen der Vergesellschaftung finden? Welche Rolle können bürgerliche Formen des Politischen (Nationalstaat, Parteipolitik, bürokratische Verwaltung etc.) für emanzipatorische Kämpfe spielen, oder wären diese von vornherein auf ganz andere Organisationsprinzipien

Das Programm
im Marx-Jahr

www.dielinke-dresden.de

Doppelvortrag „Lohn, Preis, Profit“ & „Arbeit, Aktien, Ausbeutung“ bei Karl Marx

„Da die Nachfrage nach Arbeit nicht durch den Umfang seines variablen Bestandteils bestimmt ist, fällt sie also in wachsendem Maßstab mit dem Wachstum des Gesamtkapitals, statt, verhältnismäßig mit ihm zu wachsen. Sie fällt im Verhältnis zur Größe des Gesamtkapitals und beschleunigt im Verhältnis zum Wachstum dieser Größe.“

Dieses Zitat stammt aus „Das Kapital“ von Karl Marx. Was bedeutet dieses eigentlich und hat er damit Recht? Bei dieser Veranstaltung wollen wir mit euch „Lohn, Preis, Profit“ von Marx diskutieren und uns auch überlegen warum Siemens seine Werke schließt und wieso es im Kapitalismus eigentlich nur um Profit geht?

Vorträge mit **AktivistInnen der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend** und **Marcus** vom Sozialistischen-Demokratischen Studierendenverband SDS

Dienstag, 12. Juni, 18 Uhr | Roter Renner | Rud.-Renner-Str. 49

Vortrag und Diskussion „A little bit Marx – eine Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie und den Bitcoin“

Für die einen ist er die Verwirklichung der Utopie einer Wirtschaft ohne Staat und Banken, für die anderen ein Einfallsstreich für Kriminalität und Casinokapitalismus. Dieses Jahr könnte er so viel Strom verbrauchen wie ganz Argentinien. Die Rede ist vom Bitcoin. Wie hoch sein Kurs auch momentan stehen möge, er ist ein Objekt von Aktualität und Interesse. Eine marxistische Kritik der politischen Ökonomie auf der Höhe der Zeit muss sich auch mit diesem Thema auseinan-

dersetzen. Im Vortrag sollen Aspekte des Bitcoins mit marxistischen Kategorien erklärt und diskutiert werden. Gleichzeitig soll die Entwicklung des Marxschen Denkens an der Entstehung dieser Kryptowährung nachskizziert werden. Der Vortrag richtet sich dabei sowohl an Marx-Kenner*innen, welche Einblick in die Hintergründe des Bitcoins gewinnen möchten, als auch an Marx-Neulinge, da die abstrakten Kategorien an einem anschaulichen Objekt illustriert werden.

Vortrag und Diskussion mit **Martin Hilbig**

Mittwoch, 16. Mai | 18 Uhr | Wir AG | Martin Luther Str. 21

Wieso Gewerkschaft? - Aufgabe von Sozialist*innen in Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Kämpfen

„Gewerkschaften sind Schulen im Klassenkampf“. Soweit, so gut. Doch was heißt das, in einer Zeit, in der Belegschaften durch Outsourcing oder Auflösung des Flächentarifvertrags gespalten sind. In der sich sogenannte Gewerkschaften in Werken breitzumachen versuchen, die von der AfD gesponsert werden. In der die Gewerkschaftsfüh-

rungen immer noch nach der SPD. Na kämpfen heißt das, würde Marx vielleicht sagen. Und auch für kämpferische Gewerkschaftsgliederungen gibt es mehr als genug Beispiele: Charité-Berlin oder die Verhinderung der Privatisierung der Dresdner Krankenhäuser. Was müssen MarxistInnen tun, um solche Kämpfe zu ermöglichen?

Vortrag und Diskussion mit **Dorit Hollasky**

Dienstag, 19. Juni | 18 Uhr | ver.di-Bezirksgeschäftsstelle | Cottauer Str. 2

angewiesen? Diese und andere Fragen sollen aus unterschiedlichen Perspektiven kontrovers diskutiert werden.

Diskussion mit **Tino** (Freie Arbeiter*innen- und Arbeiterunion Dresden FAU), **Thekla** (Freie Arbeiter*innen- und Arbeiterunion Dresden FAU) und **Sascha** (Sozialistische Alternative SAV)

Mittwoch, 06. Juni | 18 Uhr
Raum wird noch bekannt gegeben

Vortrag und Diskussion „Prinzip Aufstand – Die Pariser Kommune 1871“

Wie kam es zum ersten sozialistischen Revolutionsversuch weltweit? Wie sahen die 72 Tage Herrschaft der vormals Unterdrückten aus? Was können wir heute von den spannenden Wochen in der französischen Hauptstadt lernen? Mit Ausstellung und KommunardInnenwein.

Vortrag und Diskussion mit **Steve Hollasky**

Mittwoch, 30. Mai, 18 Uhr | Rösslstube
Friedrichstraße 37



Erbaung und Disput – der 1. Mai in Dresden

von Katja Kipping

Neulich in der Bahnhofsbuchhandlung im Dresdner Bahnhof Neustadt konnte man etwas entdecken, was man noch vor kurzer Zeit nicht für möglich gehalten hatte: Im Bestsellerregal lag, hübsch in rotes Leinen gebunden, „Das Kapital“ von Karl Marx zum Verkauf. Nun mag man sagen, dies ist dem 200. Geburtstag des Philosophen und politischen Ökonomen geschuldet. Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht. Möglicherweise ist es der allgegenwärtig und verstärkt zu Tage tretenden Krisenhaftigkeit des Kapitalismus geschuldet, dass das Interesse an seiner Analyse und an Auswegen aus ihm wieder zugenommen hat.

Mut machte mir deshalb eine Veranstaltung im Hörsaalzentrum der Dresdner TU, zu der mich der Studierendenver-

band der LINKEN eingeladen hatte. Etwa 40 junge Leute waren gekommen, um mit mir über die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens zu diskutieren. Es war ein spannender, interessanter aber auch sehr lockerer Abend und ich war begeistert über die Aufgeschlossenheit und Diskussionsfreudigkeit der jungen Menschen. In der Diskussion wurden verschiedene Modelle des BGE, Pro- und Gegenargumente, Fragen der Finanzierbarkeit und der Auswirkung auf Lebensbereiche wie Bildung, Arbeitsmarkt, Familienpolitik, individuelle Lebensführung sowie auf das internationale und globale Gefüge gemeinsam erörtert. Dass der SDS für das Sommersemester eine Marx-Lesereihe anlässlich 200 Jahren Karl Marx organisiert, freut mich natürlich um so mehr!

Nun wird die Idee des BGE natürlich auch jenseits junger Akademiker inzwischen heiß und natürlich äußerst kontrovers diskutiert. Auch innerhalb der gesellschaftlichen Linken. Während einerseits oft argumentiert wird, durch ein Grundeinkommen werde der Kapitalismus zementiert, weil es den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital eben nicht auflöst, sondern verwischt, hört man aus der bürgerlichen Ecke die stets gleichen, vom protestantischen Arbeitsethos geprägten Mahnungen vor der drohenden, großen Faulheit. Beiden Kritiken ist mit rationalen Argumenten schwer beizukommen, handelt es sich doch bei einer um Religion, bei der anderen um die quasi religiöse Interpretation einer ökonomischen These. Andererseits sollte die Frage erlaubt sein, was

denn der durch den Neoliberalismus auf die Spitze getriebene Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital bislang zur Erhellung der werktätigen (und nicht werktätigen) Massen beigetragen hat? Und was eigentlich schlecht daran ist, dass es faktisch nicht mehr notwendig ist, dass alle Menschen durch Lohnarbeit in die Pflicht genommen werden?

Der bevorstehende 1. Mai bietet einerseits Zeit zur Erbaung und andererseits Raum zur Diskussion – auch darüber. Deshalb freue ich mich, wie jedes Jahr, auf die Maifeier unseres Stadtverbandes auf dem Alaunplatz, die Gelegenheit für beides bietet. Natürlich werde ich auch diesmal wieder ab 13:00 Uhr dabei sein und freue mich sehr darauf!

Walk of care

Am Tag der Pflege am 12. Mai gemeinsam demonstrieren

Für die Beschäftigten im Gesundheitswesen und die PatientInnen wird die frisch gewählte Bundesregierung nicht viel Neues bringen. All die großspurigen Versprechungen und das Gerede davon, dass diese Regierung spendabel sei, wenn es um Sozialleistungen geht, stellen sich als großer Bluff heraus.

Die CDU/CSU-SPD-Regierung verspricht 8.000 neue Vollzeitkräfte in der Pflege. Ein Tropfen auf dem heißen Stein, der angesichts der enormen Belastung verpuffen wird. Laut tageschau fehlen 100.000 Stellen in der Pflege. Stattdessen wird die Große Koalition allein im nächsten Haushaltsjahr neun Millionen Euro mehr für Rüstung ausgeben. Insgesamt werden 50 Milliarden in das Verteidigungsressort fließen. Die „GroKo“ hat sich entschieden: Pflege ist für sie kein Schwerpunkt – Rüstung scheinbar schon.

Dabei wäre echte Hilfe für jene, die tagtäglich helfen, vonnöten: Ständig steigen in den Krankenhäusern die Fallzahlen, allein zwischen 1995 und 2015 um 37 Prozent pro Pflegekraft. Pro Tagesschicht ist in Deutschland eine Pflegekraft im Durchschnitt für 13 Patienten zuständig. In der Nachtschicht sind es schnell mal doppelt so viele. Damit liegt Deutschland – das viertreichste Land der Welt – im europäischen Vergleich auf Platz 12. In Norwegen liegt das Verhältnis bei 1 zu 5,4.

Die Schwestern, Pfleger und AssistentenärztInnen arbeiten rund um die Uhr,

kommen aus ihrem hart verdienten Freizeiten, rennen über die Stationen und sind derart überarbeitet, dass viele von ihnen selbst erkranken. Rückenschmerzen, Erschöpfung, Depressionen und Burnout sind die häufigsten Folgen. Nach Schätzungen des Deutschen Pflegerats hält es eine Pflegekraft noch zehn Jahre in ihrem Beruf aus. Bundesweit haben Pflegekräfte 17 Millionen Überstunden angehäuft!

In der Alten- und Langzeitpflege ist die Situation ähnlich, nur ist der Verdienst hier im Schnitt noch niedriger. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der pflegebedürftigen Personen bis 2020 auf fast drei Millionen steigen – doch am Personal wird weiter gespart. Zeit für Zuspruch oder Aktivierung der PatientInnen bleibt kaum noch. Die Ursache dieser Entwicklung ist die Umstellung des Gesundheitswesens auf Profitorientierung. Nicht die Sorge um alte und kranke Menschen soll im Vordergrund stehen, sondern der Gewinn. Pharma-, Krankenhaus- und Pflegekonzerne machen Milliardengewinne, während Pflegekräfte in einem privaten sächsischen Krankenhaus für 1.800 Euro ihren Dienst antreten. Wir dürfen diese Zustände nicht mehr länger hinnehmen! Am 12.05. gemeinsam demonstrieren!

ErstunterstützerInnen:
Bündnis für Pflege Dresden
DIE LINKE. Dresden
SAV Dresden
ver.di Dresden

12-05-18 „Tag der Pflege“

Gemeinsam demonstrieren für mehr Personal in der Pflege

Start: 14.00 Uhr Hohenthalplatz

[Am Standort Friedrichstadt des Städtischen Klinikums Dresden]

pfleretag.wordpress.com



Mehr von uns ist besser für alle!

Für ausreichend Personal in der Pflege!
Die Menschen sollen zählen und nicht Profit- oder Einsparungswahn!

Mahngang Täterspuren nun am 8. Mai

Spurensuche nach einer Heldin

von Dr. Margot Gaitzsch

Ca. 500 Menschen wollten am 10. Februar den „Mahngang Täterspuren“ mitgehen. Wir haben uns gemeinsam entschieden, den Mahngang an diesem Tag nicht zu machen. Wir sind zum Großen Garten gelaufen, um gegen den Trauermarsch zu protestieren, zu protestieren gegen die Geschichtsverdröhung der Rechten. Am 8. Mai jährt sich zum 73sten Mal der Sieg über den Hitlerfaschismus. An diesem Tag wurde in Berlin durch General Keitel die bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet, welche das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bedeutete. Am gleichen Tag wurde Dresden durch die Sowjetarmee befreit und die Nachkriegsentwicklung eingeleitet. Der diesjährige Mahngang setzt sich durch das Thema „Macht-Bildungs-Propaganda“ in besonderem Maße mit dem Problem der faschistischen Propaganda, welche ihre verheerende Wirkung nicht verfehlte und in den Köpfen nachwirkte, auseinander. Selbständiges Denken und selbstbestimmtes Handeln

stehen im Widerspruch zu den Interessen der Macht und deren Erhaltung. Aus diesem Widerspruch erwächst die Aufgabe, Macht zu kontrollieren und ihr Grenzen zu setzen. Die Kontrolle der Macht ist in der Demokratie durch die Bürger gegeben, die sich in Wahlen politisch positionieren und ihre Vertreter für die Legislative wählen können. Neben Wahlen haben Bürger die Möglichkeit, sich mit Gleichgesinnten zu organisieren und so an der Willensbildung mitzuwirken. Diese beiden demokratischen Möglichkeiten erfordern politische Bildung ebenso wie ethische Werte. Wie die Macht der Nazis mittels Propaganda die Bildung missbrauchte und ethische Werte zerstört wurden, zeigt dieser Mahngang. Beginn ist 17 Uhr an einem Ort politischer Bildung im faschistischen Deutschland - der Schwesternschule. Für alle, die gern am Mahngang teilnehmen können, hier die einzelnen Stationen mit der zeitlichen Orientierung. So können Interessierte auch teilweise am Mahngang teilnehmen.

Station/ ca. Zeit	Institution	Ort
1 17:00 Uhr	NS-Schwesternschule	<ul style="list-style-type: none"> Damals: Fürstenstr. 74, Heute: Uniklinik, Aufstellort: Fiedlerstraße / Mildred-Scheel-Straße
2 17:40	Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege	<ul style="list-style-type: none"> Pfotenhauer 92 (jetzt alles Gelände der Uniklinik)
3 18:15	Sportplatz	<ul style="list-style-type: none"> Neubert/Ecke Blumenstraße (Nähe Waldschlösschenbrücke)
4 18:35	Tanz- und Vereinslokal Blumensäle, heute Supermarkt	Blumenstraße 48 / Ecke Arnoldstraße
5 19:00	Jägerkaserne	<ul style="list-style-type: none"> Käthe-Kollwitz-Ufer 4 / Nähe Seniorenheim)
6 19:35	Horst-Wessel-Schule	<ul style="list-style-type: none"> Berufsschule Gerokstr. 22
7 19:55	Akademie für Kunstgewerbe	<ul style="list-style-type: none"> Güntzstraße 34
8 und 9 20:15	Dürerschule Staatliche Höhere Mädchenbildungsanstalt	<ul style="list-style-type: none"> Silbermannstr. 5, heute Grundigstr. Ecke Holbeinstr. Marchnerstr. 8-10 (dort wird nicht hingelaufen)

Stationen des Mahngangs Täterspuren am 08. Mai

Tabelle: Margot Gaitzsch



von Dr. Eberhard Hauéis

Seit dem drohenden und dann auch erfolgten Abriss eines Gedenksteins für Soja Kosmodemjanskaja beschäftigt sich der Ortsverband Plauen unserer Partei mit dem Verbleib dieses Denkmals für eine Kämpferin gegen die faschistische Intervention in der Sowjetunion. Alle Bemühungen zum Verbleib am bisherigen Standort an der 46. Oberschule bzw. der Übernahme durch das Russische Kulturzentrum scheiterten an der Entscheidung der Stadtverwaltung. Schließlich kam der Gedenkstein in das Lapidarium Zions-Kirche in der Hohen Straße/Ecke Nürnberger Straße. Davon wollten sich Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Plauen an Ort und Stelle überzeugen. Dafür hat der Vorstand den 23. Februar d. J. ausgewählt, den Tag der Sowjetarmee, heute Tag des Vaterlandsverteidigers.

Soja Kosmodemjanskaja, geboren 1923, war eine Verteidigerin der Sowjetunion, ihres Vaterlands. Sie meldete sich freiwillig für Partisaneneinsätze im Hinterland der faschistischen Wehrmacht und wird verraten. Die Folge war ihre Folterung und Hinrichtung am 29. November 1941, erhängt und

zur Abschreckung tagelang im Schnee liegengelassen. Da war sie 18 Jahre alt. In der DDR gab es viele Orte, vor allem Schulen, mit ihrem Namen. Die 46. Polytechnische Oberschule mit erweitertem Russischunterricht war eine davon. Aber den Namen Soja Kosmodemjanskaja hat sie nicht mehr.

Der Leiter des Lapidariums erläuterte anfangs den zwölf Teilnehmerinnen und Teilnehmern den Zweck des Lapidariums. In Dresden beherbergt es nicht nur Steinwerke der Baukunst und Skulpturen der unterschiedlichsten Art, die nach der Entrümmung oder nach Abriss von Gebäuden aufbewahrt werden sollen, sondern auch Gegenstände aus Bronze, Eisen, Holz und Keramik, insgesamt etwa 8.000 Teile.

Hinter der Ruine der Zionskirche fanden wir dann im Freien auch den gesuchten Gedenkstein zwischen alten Gittern und Steinen. Unter dem Namen mit Geburts- und Todesjahr steht „Die Unvergessene“. Im Internet ist ein Originalfoto der Gedenkstätte an der 46. Oberschule zu finden, der mutigen Patriotin würdig.

Mittel zum Zweck

von Sebastian Schindler

Vor einem Monat haben alle Mitglieder der Dresdner LINKEN einen Brief mit einer ersten Bitte um finanzielle Unterstützung für die kommenden Wahlkämpfe erhalten. Seitdem sind bereits über 1.500 Euro an Spenden eingegangen. Bei den ersten Spender*innen möchte ich mich im Namen des Stadtvorstandes ganz herzlich be-

danken! Sehr freuen würde ich mich, wenn noch weitere Spender*innen dazu kommen würden. Denn: Wahlkampf kostet (leider) Geld. Und besonders für den kommenden Kommunalwahlkampf brauchen wir eine Menge davon, denn den müssen wir als Stadtverband weitgehend allein stemmen. Und diesmal geht es nicht um ein paar Prozente mehr

oder weniger und ein bisschen mehr oder weniger Einfluss als Opposition im Stadtrat, sondern es geht ums Ganze. Es geht darum, ob wir die Stadt weiterhin sozialer, menschlicher und für alle lebenswerter machen können oder ob die reaktionären Kräfte in der Stadt alles Erreichte in Windeseile wieder rückgängig machen. Es geht um das Sozialticket,

um kostenfreien Eintritt in Museen für Kinder und Jugendliche, um den Kampf gegen Rassismus. Es geht um die neue WOBA und um tausende Sozialwohnungen. Um bezahlbare Mieten. Um Straßen für alle Verkehrsteilnehmenden anstelle von Stadtautobahnen. Um Förderung von alternativer Kultur, um lebendige und lebenswerte Stadtteile und um so vieles mehr. Kurz: Darum, ob es weiter vorangeht, oder ab 2019 wieder rückwärts. Diesen Kampf müssen wir mit allem führen, was wir anbieten können. Es darf uns nicht passieren, dass wir sinnvolle und öffentlichkeitswirksame Wahlkampfaktionen nicht durchführen können, weil die Kassen leer sind. Und aus diesem Grund möchte ich dich, liebe Genossin, lieber Genosse, liebe Sympathisantin, lieber Sympathisant, aufrufen: Wenn es für dich möglich ist, bitte unterstütze den Stadtverband auch finanziell für die kommenden Aufgaben. Es wird sich lohnen!

Spenden an:
Konto-Inhaberin: DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94850503003120171416
Bank: Ostsächsische Sparkasse Dresden
Betreff: „Wahlkampfspende“

Zum Ausschneiden und Versenden an:
DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Str. 93
01127 Dresden

Lastschriftinzugserlaubnis	
<input type="checkbox"/> Spende monatlich <input type="checkbox"/> Spende quartalsweise <input type="checkbox"/> Spende einmalig	
Spende in Höhe von	€
Vorname	Name
Straße, Nr.	PLZ, Ort
IBAN	BIC
Kontoinhaber/in (falls abweichend)	Kontoinhaber/in-Unterschrift (falls abweichend)
Datum	Unterschrift



DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Zur Stärkung der Demokratie

Intensiv wird in der Dresdner Kommunalpolitik über die Direktwahl von Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten diskutiert. DIE LINKE im Dresdner Stadtrat hat nun einen „Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Dresden“ vorgeschlagen, mit dem die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung für die Dresdnerinnen und Dresdner wirksam und nachhaltig gestärkt werden können.

„Die Städte und Gemeinden sind die Keimzellen der Demokratie. So hat es bereits das Bundesverfassungsgericht treffend formuliert. Doch in der konkreten Ausgestaltung der Demokratie gibt es noch Einiges zu verbessern. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung für die Dresdnerinnen und Dresdner wirksam und nachhaltig ausbauen. Dazu schlagen wir einen ‚Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Dresden‘ vor. Regelmäßige Bürgerentscheide, die Aufwertung der Ortsbeiräte durch Einführung eigener Budgets mit einem Gesamtvolumen von jährlich 13 Millionen Euro sowie die Übertragung von Kompetenzen und deren Direktwahl wären ein Novum und ein substanzieller Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Dresden.“, betonte der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat, André Schollbach bei der Vorstellung des „Fünf-Punkte-Plans zur Stärkung der Demokratie in Dresden“.



Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Die Fraktion DIE LINKE hat daher in den vergangenen Wochen eingehend geprüft, wie die Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung für die Dresdnerinnen und Dresdner wirksam und nachhaltig gestärkt werden können. Dazu wurde im März u. a. eine gemeinsame Klausurtagung der Fraktion mit den Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräten der LINKEN durchgeführt.

Die Fraktion DIE LINKE schlägt im Ergebnis ihrer Beratungen einen „Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Demokratie in Dresden“ vor, der die folgenden Vorhaben beinhaltet:

1. Alle zehn Ortsbeiräte in der Stadt Dresden erhalten ab dem 01. Januar 2019 jeweils ein eigenes Budget in Höhe von mindestens 25 Euro je Einwohner/in und Jahr. Mit diesem Budget wird es den Ortsbeiräten ermöglicht, im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben eigenständig zu entscheiden,

Gestaltungskraft wirksam zu entfalten und die Lebensqualität in den Stadtteilen zu erhöhen. Der Stadtrat stellt die hierzu erforderlichen Haushaltsmittel unbefristet und beginnend mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 zur Verfügung. Diese Haushaltsmittel in Höhe von derzeit rund 13 Mio. Euro sind durch den Oberbürgermeister jährlich im Haushaltsentwurf einzuplanen.

2. Sämtliche Aufgaben, die den Ortsbeiräten gemäß § 71 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung durch den Stadtrat übertragen werden können, sind ohne jede Ausnahme auf diese zu übertragen – zum Beispiel haben die Ortsbeiräte dann im Rahmen der ihnen zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel über die Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen sowie die Förderung und Durchführung von Veranstaltungen im Ortsamtsbereich zu entscheiden.

3. Der Stadtrat spricht sich ausdrücklich dafür aus, dass die Fehlentscheidung bei der jüngsten Novellierung der Säch-

sischen Gemeindeordnung im Sächsischen Landtag, mit welcher demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten in den Kommunen abgebaut und die stadtweite Einführung der Ortschaftsverfassung in Dresden verhindert wurde, korrigiert wird. Insbesondere soll ermöglicht werden, den Ortsbeiräten über den in der Gemeindeordnung vorgesehenen Katalog hinaus weitere Aufgaben zur selbständigen Entscheidung zu übertragen sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auch auf Ortsamtsebene durchzuführen.

4. Unter der Voraussetzung der Erfüllung der unter den Ziffern 1, 2 und 3 genannten Maßnahmen werden die Ortsbeiräte nach den für die Wahl von Ortschaftsräten geltenden Vorschriften von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählt.

5. Beginnend mit der Kommunalwahl im Frühjahr 2019 soll zu jeder öffentlichen Wahl in der Landeshauptstadt Dresden ein Bürgerentscheid zu einer wesentlichen für die weitere Entwicklung der Stadt bedeutenden Frage durchgeführt werden.

Fraktion vor Ort

Bürgersprechstunden unter freiem Himmel

Mit Stadtrat André Schollbach
15. Mai, 14 Uhr
Löbtau-Passage

Mit den Stadträten Tilo Wirtz und André Schollbach
15. Mai, 15:30 Uhr
Fetscherplatz

Mit Stadtrat Jens Matthis
23. Mai, 16:30 Uhr
vor Rewe, Pirnaer Landstraße

Mit Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch und Stadtrat André Schollbach
24. Mai, 14 Uhr
Wasaplatz

Mit Stadträtin Jacqueline Muth und Stadtrat André Schollbach
24. Mai, 16 Uhr
Albertplatz

Mit Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch
25. Mai, 15 Uhr
vor Prohliszentrum

Mit Stadträtin Rica Gottwald und Stadtrat André Schollbach
25. Mai, 15:30 Uhr
Pirnaischer Platz

Mit Stadträtin Kerstin Wagner und Stadtrat Andreas Naumann
28. Mai, 12 Uhr
Kaufland Kohlenstraße

Mit Stadträtin Anja Apel
28. Mai, 16 Uhr
Käthe Kollwitz Platz

Mit Stadträtin Manuela Sägner und Stadtrat Norbert Engemaier
29. Mai, 15 Uhr
Nürnberger Ei

Mit den Stadträtinnen Anja Apel und Pia Barkow
31. Mai, 10 Uhr
Trachauer Markt

Mit Stadtrat Prof. Dr. Gerhard Besier
31. Mai, 16 Uhr
Ullersdorfer Platz

Mit den Stadträten Tilo Kießling und André Schollbach
01. Juni, 14 Uhr
Haltestelle Zwinglistraße

#projekte

Der Entwurf für die Bewerbungsmappe, das sogenannte **Bid Book**, soll Ende dieses Jahres vorliegen und am 19. Juli 2019 im Stadtrat beschlossen werden. Dabei sind in diesem Bid Book Fragen in sechs Kategorien zu beantworten:

1. Beitrag zur Langzeitstrategie (Nachhaltigkeit)
2. Europäische Dimension (Förderung der kulturellen Vielfalt, interkultureller Dialog, Gemeinsamkeit der Kulturen)
3. Kulturelle und künstlerische Inhalte
4. Umsetzungsfähigkeit (lokale, regionale und nationale politische Unterstützung sowie eine tragfähige Infrastruktur)
5. Erreichen und Einbeziehen der Gesellschaft (u.a. Schaffung einer nachhaltigen Möglichkeit der Teilhabe der unterschiedlichsten Gruppen)
6. Verwaltung (Realisierbarkeit, Verfahren, Personal)

Eingebettet müssen die Fragen in eine Geschichte sein, die Dresden von sich erzählt. Diese Geschichte wird aus drei Hauptmotiven entstehen: **Heimat und Zukunft, Osten und Westen, Vielfalt und Fremde**

Zurzeit läuft das Projekt „Orte des Miteinanders“, an 25 Orten werden am 26. August 2018 Kulturelle Veranstaltungen stattfinden.

Kulturhauptstadt 2025

Raum für moderne Kunst

von Anja Apel

Dresden hat einen Kulturpalast saniert, der zu einem Haus für alle geworden ist, von Konzertbesucherinnen und Besucher klassischer Konzerte bis zu Kindern, welche die Bibliothek besuchen oder Touristen, die sich im Palasteck eine Auszeit nehmen und dabei auf den Altmarkt schauen. Dresden hat zwei Theatern eine neue Spielstätte im Kraftwerk Mitte gebaut, ganz gegen den Trend in Deutschland, wo Kinder- und Jugendtheater im Theater für Erwachsene aufgehoben und Operetten zum Spielplan der Mehrspartenhäuser gehören.

Die Einweihung des Kulturpalastes oder des Kulturkraftwerkes Mitte wären in Städten, die bereits Kulturhauptstadt waren, ein Höhepunkt des Hauptstadtjahres gewesen. Damit können wir also nicht mehr punkten. Dresden ist eine Kulturstadt ohne jeden Zweifel, den Titel können wir aber nur für etwas Neues in Sachen Kultur und kulturelle Bildung erhalten. Dieses Neue muss eine Bedeutung für und in Europa haben und nachhaltig wirken.

Zitat einer Bürgerin: „Wenn es gelingt, die Bewerbung zu einer gemeinsamen Sache vieler Dresdner zu machen, das wäre ein Gewinn für uns alle; selbst wenn Dresden nicht Kulturhauptstadt werden sollte. Wenn die Stadt aber versucht „von oben herab“ eine Bewerbung zu organisieren, dann wird das wohl als weiterer Witz wahrgenommen werden, der die Spaltung nur noch zementiert.“ Hier sollte der Kasten mit Infos rein, welche am Schluss stehen. Begonnen hat das Kulturhauptstadtbüro damit, viele Menschen der Stadt zu befragen und mit ihnen in Diskussion zu treten. In den Stadtteilrunden, egal ob in Klotzsche, Leuben oder Gorbitz, gab es eine zentrale Forderung, nämlich den Bedarf an Räumen, bezahlbarer Räume für kleine Gruppen, für junge Menschen und Senioren, zum Reden, zur gemeinsamen kulturellen Betätigung oder zum Beispiel für Auftritte. Räume und Häuser mit Personal ausgestattet in allen Teilen der Stadt zu schaffen, sehen wir als Linke als eine der wichtigen Voraussetzungen, um den Punkt 5 der sechs zu bewertenden Kategorien zu erfüllen.



Dieser Punkt überprüft, wie die gesamte Gesellschaft der Stadt erreicht und einbezogen wird und wie es unter anderem gelingt nachhaltig die Teilhabe der unterschiedlichsten Gruppen zu ermöglichen.

13 Projekte, welche vom Kulturhauptstadtbüro im letzten Jahr mit jeweils 2.025 Euro gefördert wurden, haben bereits einen inhaltlichen Schritt in diese Richtung gemacht.

Dazu gehören Projekte des Societaets-theaters in Kooperation mit dem Quartiersmanagement Prohlis. Das Societaets-theater war 2017 und dies wird 2018 fortgesetzt, gemeinsam mit dem Quartiersmanagement Prohlis und vielen Prohliser Akteuren, im Stadtteil Prohlis kulturell aktiv. Im Projektzentrum KIEZ, im Prohliszentrum, führten sie dort in der Woche täglich verschiedene Veranstaltungen und -Reihen durch. Es gab z.B. ein regelmäßiges Filmprogramm, mit Wunschfilmen der Anwohner*innen, Gespräche, eine offene Erzählbühne für Familien, wöchentliche Angebote zum gemeinsamen Musizieren, Konzerte und Theateraufführungen. Daneben war der Ort auch für kulturelle oder soziale Ideen der Prohliser Anwohner geöffnet. Bis Ende November 2017 sind 107 Veranstaltungen durchgeführt worden, viele waren sehr gut besucht. So gab es eine rege Teilnahme beim Tischtheater „Zu Hause in Prohlis“, ein stadtteilbezogenes Rechercheprojekt, das durch ausgegrabene Geschichten der Bewohner*innen etwas über den Stadtteil und die Menschen erzählt.

Wir sind überzeugt, dass dieser eingeschlagene Weg richtig war. Nicht ausgewählte Personen erzählen über die Stadt, sondern die Menschen aus

Prohlis, aus dieser Stadt wirken bei der Erstellung einer „Geschichte“ mit und machen es damit zu ihrem Anliegen. Es geht um kulturelle Teilhabe möglichst vieler Menschen, einer Teilhabe nicht nur als Konsumenten, sondern eben auch als Produzenten.

Wo sehen wir LINKE noch weitere Schwerpunkte? Die Einbeziehung der Jugend erfolgte in einigen Projekten, es muss noch intensiver mit Jugendlichen thematisch auch zum Thema Europa gearbeitet werden und ich bin überzeugt, dass sie auch ganz eigene, andere Vorstellungen und Ideen haben. Dresden war immer wieder auch ein Ort, wo sich Künstlerinnen und Künstler zum Widerstand zusammengefunden haben und sich sehr kritisch mit der Gesellschaft auseinandersetzten. Die BRÜGGE war eine solche Gemeinschaft oder auch die Theaterleute des Dresdner Schauspieltheaters mit ihren Inszenierungen, der Höhepunkt war „Ritter der Tafelrunde“. Und ich erinnere mich noch genau, was das Theatererlebnis bei mir und in meinem Freundeskreis auslöste, heute erinnert eine Gedenktafel am Schauspielhaus daran.

Wir sollten, wir müssen darüber nachdenken, wie wir moderner Kunst Raum geben, ihre Kunst zu präsentieren. Die Ostrale soll weiter in Dresden stattfinden, hier müssen wir für deren Zukunft schnell eine Lösung finden. Kulturhauptstadt 2025: Ob wir das schaffen, weiß ich nicht, aber wir, ich spreche im Namen der LINKE Fraktion, werden dafür kämpfen

Stadträtin Anja Apel ist Mitglied der Steuergruppe Kulturhauptstadt

Die Katze im Sack

Was passiert am Flughafen?

In der Ratssitzung am 19. April beschloss der Stadtrat die Aufstellung eines Bausplans für ein Areal am Flughafen und den dazu nötigen Kauf der dortigen Flächen. 9 Millionen Euro für Ackerland und ein Landschaftsschutzgebiet. Pikant: Bis heute ist keinem Stadtrat und keiner Stadträtin und kaum jemandem in der Verwaltung bekannt, wer am Flughafen angesiedelt werden soll. Da gab es Andeutungen von Verwaltungsmitarbeitern, der Oberbürgermeister sei nicht umsonst so oft in letzter Zeit in St. Petersburg. Mittlerweile raunt man, sei der russische Großinvestor abgesprungen, man buhle um einen Bosch-Zulieferer. Derweil warnt ein Naturschutzgutachten des NaBu vor den gravierenden Eingriffen in das dortige Areal. Was ist hier geplant? Nutzt man nach dem Absprung russischer Interessenten

die Ahnungslosigkeit aller Beteiligten, um einem Zulieferbetrieb das Feld im Landschaftsschutzgebiet zu bereiten - für einen Betrieb, den man unter normalen Umständen an jeden anderen Standort in der Stadt unterbringen würde, nur nicht hier? Bei so viel Unklarheit hat DIE LINKE heute durchgesetzt, zumindest ein Entwicklungsziel des Areals auszuschließen: die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen und anderen Kriegsprofiteuren. **Tilo Wirtz:** „Es ist einer demokratischen und offenen Gesellschaft einfach unwürdig, den Stadtrat so im Unklaren zu lassen. Wir haben hier die Befürchtung, dass man uns über den Tisch ziehen will, und wollen wenigstens sicher gehen, dass die schlimmstmögliche Nutzung verhindert wird.“



Zur Direktwahl der Ortsbeiräte

Direktwahl oder nicht?



Sollen die zehn Ortsbeiräte (lt. Gesetz Stadtbezirksbeiräte) künftig direkt gewählt werden oder sollen sie weiterhin von den Parteien entsprechend der Stadtratswahlergebnisse im jeweiligen Bereich benannt und vom Stadtrat bestätigt werden? Jens Matthis beschreibt die Hintergründe der Diskussion und das Für und Wider.

von Jens Matthis

Bisher gab es eine klare Arbeitsteilung. Räte (Stadtrat, Ortschaftsrat) werden direkt gewählt und haben etwas abschließend zu entscheiden, Beiräte (Ortsbeiräte, Seniorenbeirat, Kleingartenbeirat usw.) werden durch den Stadtrat berufen und haben eine beratende Funktion für den Stadtrat.

Mit der jüngsten Veränderung der sächsischen Kommunalverfassung gab es zwei gravierende Einschnitte: Zum einen wurde die von Rot-Grün-Rot bereits beschlossene Einführung der Ortschaftsverfassung im gesamten Dresdner Stadtgebiet nachträglich unmöglich gemacht, zum anderen wurde die eindeutige Funktionsteilung zwischen Räten und Beiräten durchbrochen.

Künftig kann man Stadtbezirksbeiräte direkt wählen lassen, man muss dies aber nicht. Der Stadtrat kann den Stadtbezirksbeiräten geringfügige Entscheidungskompetenzen übertragen, aber er muss dies auch nicht tun. Und absurderweise sind die beiden Möglichkeiten auch nicht aneinander gekoppelt.

Ich könnte hier viel über die innere Unlogik dieser Gesetzesänderung sagen, mir geht es jedoch an dieser Stelle um die praktischen Konsequenzen für Dresden.

Direktwahl oder nicht? Für beides gibt es Für und Wider. Direkt gewählt eBeiräte haben eine höhere politische Legitimation und allein schon durch den Wahlkampf werden sie auch für die Bevölkerung besser als Ansprechpartner bekannt. Möglicherweise wird die Direktwahl ihren Voten auch ein höheres politisches Gewicht geben.

Andererseits wird der damit verbundene Wegfall von stellvertretenden Mitgliedern und die Unmöglichkeit von Umbesetzungen während der Wahlperiode tendenziell dazu führen, dass Menschen mit ungünstigen Arbeitszeiten (z.B. Schichtarbeit), junge Leute (die öfter im Stadtgebiet umziehen) und wohl allen Erfahrungen nach auch Frauen noch weniger in diesen Gremien vertreten sein werden als bisher. Überdurchschnittlich vertreten sein werden bei einer Direktwahl voraussichtlich örtliche „Honoratioren“ (z.B. Geschäftsinhaber*innen).

Wie immer man sich also entscheidet, beide Entscheidungen haben zwangsläufig Vor- und Nachteile, jedenfalls dann, wenn man sich an der Programmatik der LINKEN orientiert.

Stadtvorstand und Stadtratsfraktion haben sich Rat geholt – bei den Ortsbeiräten, genauer gesagt bei den linken Mitgliedern diese Beiräte. Von den linken Ortsbeirat*innen und deren Stellvertreter*innen hat sich eine relativ knappe Mehrheit gegen die Direktwahl ausgesprochen. Die Ortsbeiräte von Altstadt, Neustadt und Plauen votierten fast einhellig für die Direktwahl. Die Stadtratsfraktionen von Grünen und SPD plädierten ebenfalls für die Direktwahl, was es für DIE LINKE nicht einfacher macht.

Letztlich darf sich eine Fraktion jedoch nicht von Stimmungen leiten lassen, sondern muss sich an der Sache orientieren.

Zur Sache muss gesagt werden, dass die formalen Entscheidungsrechte der Ortsbeiräte äusserst gering bleiben werden. Sie dürfen künftig über die Reihenfolge

(nur die Reihenfolge!) der Sanierung von Wohngebietsstraßen, über die Unterhaltung und Ausgestaltung von Parks und Grünanlagen und über die Ausrichtung von Stadtteilstellen entscheiden. Sie dürfen jedoch weder Anträge an den Stadtrat stellen, geschweige denn zusätzliche Entscheidungskompetenzen bekommen. Ein einziges kleines Schlupfloch gibt es jedoch, ihnen grösseres Gewicht zu verleihen. Die Beiräte sind künftig auch für die Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen im Stadtbezirk zuständig. Das ist relativ unbestimmt und inhaltlich offen. Was dadurch möglich wird oder auch nicht, hängt letztlich davon ab, ob man dem Beirat dafür tausend Euro zur Verfügung stellt oder aber eine Million.

Und genau an dieser Stelle setzt der Kompromissvorschlag der LINKEN an. DIE LINKE wird einer Direktwahl dann und AUCH NUR DANN zustimmen, wenn die Ortsbeiräte ein angemessenes Budget bekommen. Zum Vergleich: Die Ortschaftsräte am Stadtrand erhalten frei verfügbare Mittel im Umfang von jährlich 50 Euro pro Einwohner*in.

Die von uns geforderten 25 Euro pro Einwohner*in jährlich, insgesamt noch nicht einmal ein Prozent des städtischen Etats sind daher eher das Minimum dessen, was notwendig ist, damit die Ortsbeiräte in ihren Stadtteilen in einem Umfang gestaltend tätig werden können, dass dies den Aufwand und die beschriebenen Nachteile einer Direktwahl wenigstens ansatzweise rechtfertigt.

Selbsthilfegruppen in Dresden

Hilfe zur Selbsthilfe

von Uwe Schaarschmidt

Was Lupus Erythematoses ist, wissen wohl nur zwei Menschengruppen: Ärzte und diejenigen Menschen, die bei Ärzten wegen dieser seltenen Autoimmunerkrankung in Behandlung sind.

Was man aber unbedingt wissen sollte, ist, dass es in Dresden die Kontakt- und Informationsstelle Selbsthilfegruppen gibt. Deren Büro befindet sich auf der Ehrlichstraße 3, in einem Flügel des Elsa-Fenske-Pflegeheimes (jetzt Wohnpark Elsa Fenske) in Dresden. Über 100 Selbsthilfevereine gibt es in Dresden und die Koordinierungsstelle leistet von der Bereitstellung von Räumen über Beratung für Aktivisten bis hin zur Bearbeitung und Weiterleitung von Förderanträgen viel für die Betroffenen.

Seit Anfang des Jahres ist nun eine neu gestaltete Datenbank der in Dresden tätigen Selbsthilfegruppen verfügbar, in der man sich über verschiedene Suchroutinen Informationen über die Arbeit der Gruppen, Treffzeiten und Orte holen kann.

Für Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben, aber dennoch Hilfe für sich oder auch Angehörige suchen, ist die Koordinationsstelle natürlich auch telefonisch und persönlich erreichbar:

Koordinations- und Informationsstelle Selbsthilfegruppen (KISS)

**Ehrlichstraße 3
01067 Dresden
Telefon: 0351-2061985
Fax: 0351-5007636**

**Öffnungszeiten
Montag und Freitag
9 bis 12 Uhr**

**Dienstag und Donnerstag
9 bis 18 Uhr
und nach Vereinbarung**

Die KISS vermittelt vorwiegend zu Dresdner Gruppen, verfügt aber auch über regionale und überregionale Kontaktadressen.

#sozialtour

Für eine soziale Stadt

von Thomas Feske

Für DIE LINKE im Dresdner Stadtrat gehört es nicht nur zum guten Ton, im Stadtbild präsent zu sein, sondern auch zur richtigen Ansprache. In Zeiten, in denen Tageszeitungen dramatisch an Auflage verlieren und die Gräben zwischen politischen Eliten und Bürgerschaft größer werden, wissen die Dresdnerinnen und Dresdner: DIE LINKE ist nicht nur mit Plakaten präsent, sondern regelmäßig auch vor Ort zum direkten Gespräch – ob freitags am Lingnermarkt oder in der Prager Straße oder aber am 10. April mit einer Sozialtour im ganzen Stadtgebiet. An fünf Orten waren die zwei Sozialstadträtinnen Pia Barkow und Kerstin Wagner gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden André Schollbach mit Infoständen vor Ort, um auf ihrer Tour „Für eine soziale Stadt. Für ein soziales Land.“ zu werben.

Wer, wie wir Kollegen und Kolleginnen von der Fraktionsgeschäftsstelle, regelmäßig damit betraut ist, Infostände und Infostandturen zu organisieren, weiß, wie wunderbar das plakatierte und organisierte Bürgergespräch als Seismograf gesellschaftlicher Stimmen funktioniert. Da war es diesmal die Seniorin, die schon beim Plakatieren fast dankbar die Losung „Für eine soziale Stadt“ aufgreift, da ist der Vater, dem die Fahrkostenerstattung für seine behinderten Kinder unter den Nägeln brennt und der ganz gezielt einen Infostand im Rahmen unserer Sozialtour auftaucht oder die blinde Frau, deren Wohnung seit Jahresbeginn nicht über warmes Wasser verfügt und die von der Vonovia auf dem Trockenen sitzen gelassen wird. Da sind an diesem 10. April überhaupt viel mehr Menschen mit konkreten Alltagssorgen als aufgebrachte Wutbürger wie sie bei Infotouren Ende 2015 und 2016 zu den Infoständen strömten.

Schenkt man diesem völlig unrepräsentativen Eindruck Glauben, dann dreht sich was in der Landeshauptstadt, dann gibt es eine Rückkehr zu den zentralen und real zu lösenden sozialen Fragen in dieser Gesellschaft – weg von einem herbeigerebeten Konflikt zwischen Einheimischen und Dazugekommenen. Das macht Mut.

Alleinerziehendenmesse im Dresdner Rathaus

Soziale Schieflage besteht weiterhin

von Pia Barkow

Am 12. April fand die dritte Messe für alleinerziehende Mütter und Väter statt. An über 40 Ständen konnten sich die BesucherInnen den ganzen Donnerstag über Angebote der Stadt und Freier Träger, Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten oder familienfreundliche Unternehmenskultur informieren und beraten lassen. Vertreten waren z. B. die Kulturloge Dresden, das Campusbüro „Uni mit Kind“ und verschiedene Alleinerziehenden Kontakt- oder Selbsthilfegruppen. Zu einigen Themen gab es Fachvorträge, auch Übersetzung in Gebärdensprache wurde angeboten.

Gerade Alleinerziehende haben oftmals einen taffen Alltag zu stemmen um Familie, Arbeit und Haushalt zu organisieren. Dabei bleibt meist wenig Zeit, sich Informationen zu beschaffen, wo man Unterstützung erhält, rechtliche Beratungen in Anspruch nehmen kann oder einfach nur Kontakt zu Familien in der gleichen Situation findet. Aus diesem Grund hat das Frauenförderwerk vor drei Jahren die Messe ins Leben gerufen, die Finanzierung erfolgte durch einen Beschluss der rotgrünroten Stadtratsmehrheit.

Leider zeigt die Realität, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende kaum machbar ist. So haben etwa 60% der Alleinerziehenden Anspruch auf (aufstockende) Hartz-IV-Leistungen. Einen Job zu finden, wenn man alleine für die Betreuung der Kinder zuständig ist, ist schwierig. Viele Unternehmen haben wenig Verständnis für Arbeitsausfälle aufgrund von kranken Kindern oder Kita-Streiks, Schulferien oder Schließtagen in der Kita. Flexibles Arbeiten kann gerade einmal von 11 % der Beschäftigten in Anspruch genommen werden und ist damit noch lange nicht so verbreitet, wie es sich viele Eltern wünschen. Eine Vollzeitstelle ist zudem mit Kita- und Grundschul-Zeiten kaum vereinbar, wenn man alleine für das Bringen und Abholen zuständig ist und das Einkommen bei Teilzeitstellen reicht selten aus, um eine ganze Familie zu versorgen.

Die Situation ist seit Jahren unverändert. Trotz vieler Studien, die genau das belegen und den immer wieder vorgebrachten Forderungen, gibt es kaum Bewegung auf bundespolitischer Ebene. Eine tatsächliche Entlastung und vor allem



finanzielle Verbesserung für Alleinerziehende ist nicht in Sicht. Es bleibt also noch viel zu tun, um diese soziale Schieflage grundsätzlich anzugehen. Gerade deshalb sind Angebote wie die Messe wichtig, um die Angebote die es gibt, kompakt zu präsentieren und den BesucherInnen schnell bei aktuellen Fragen oder Problemen weiterhelfen zu können.

#staddrat im april

Aufwachsen in sozialer Verantwortung

Der Stadtrat hat heute einem gemeinsamen Antrag von LINKEN, Grünen und SPD zugestimmt, das Handlungsprogramm "Aufwachsen in sozialer Verantwortung" auf ausgewählte Horte und Grundschulen zu erweitern, in denen die Zusammensetzung der Schülerschaft einen besonderen pädagogischen Bedarf mit sich bringt. Dies bedeutet für die entsprechenden Einrichtungen unter anderem eine stärkere personelle Unterstützung. **Anja Apel:** "Im Hort, wo Kinder zusammen lernen und spielen und bei ihren Hausaufgaben betreut werden, können wir die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher unterstützen und damit auch den individuellen Lernbedürfnissen von SchülerInnen und Schülern unter schwierigeren Lernbedingungen Rechnung tragen. Dafür wollen wir genügend Fachpersonal bereitstellen."

Förderung sozialer Projekte

Rot-Grün-Rot hat im Haushalt zwei Millionen Euro für soziale Projekte zur Verfügung gestellt. Auf Antrag von SPD und LINKEN entschied sich der Stadtrat heute für die Förderung von Familienhebammen mit 50.000 Euro, der Kinder- und Jugendzahnklinik mit 205.000 Euro sowie einer sozialtherapeutischen Wohnstätte mit 200.000 Euro. **Pia Barkow:** "Familienhebammen begleiten Familien vor allem in schwierigen sozialen Situationen. Sie werden dringend benötigt. Auch die Pflege der Zahngesundheit für alle Kinder ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit. In einer wachsenden Stadt braucht die Kinder- und Jugendzahnklinik eine angemessene personelle Ausstattung. Und: eine sozialtherapeutische Wohnstätte wird seit Jahren von vielen Fachleuten gefordert. Sozialtherapeutische Wohnstätten bilden eine wichtige Säule zur bestmöglichen Betreuung von Menschen mit psychischen Erkrankungen."

Eine Frage sozialer ^{Kita-}Beiträge Gerechtigkeit

Manche Dinge sind erst auf dem zweiten Blick verständlich – wie zum Beispiel die jährliche Erhöhung der Kita-Gebühren, die nicht zuletzt höhere Löhne und eine bessere Personalausstattung auffangen. Diesen zweiten Blick hat sich die AfD-Fraktion wieder einmal verkniffen, um mit einem populistischen Antrag um die Ecke zu kommen, die Gebühren nicht zu erhöhen. **Tilo Kießling:** "Der von der AfD vorgeschlagene Weg benachteiligt Bedürftige und bringt für Familien an kaum einer Stelle etwas. Die, die aus sozialen Gründen von den Kitabeiträgen befreit sind, spüren eine Reduktion der Kita-Beiträge nicht – Ihnen hilft der AfD-Antrag also auch nicht. Für alle anderen aber bedeutet er weniger Mittel für die Stadt insgesamt, die entweder für die Kita-Qualität fehlen oder für andere Leistungen der öffentlichen Hand."

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



twitter.com/LinkeStadtrat



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Thomas Feske, Uwe Schaarschmidt, Jens Matthis, Pia Barkow, Anja Apel
Fotos: pixabay, Max Kretzschmar

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

„Den CSD politisch machen“

#veranstaltungstipp

Am 25. Mai findet in Dresden die CSD-Parade statt. DIE LINKE ist wieder dabei mit einem Wagen, Infostand und eigenen Veranstaltungen. Warum ist der CSD eigentlich immer noch so wichtig? Ein Gespräch mit der queer- und gleichstellungspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Sarah Buddeberg.

Den Schwulen und Lesben hierzulande geht es doch gut, es gibt mittlerweile die „Homo Ehe“. Wieso muss es immer noch die Christopher-Street-Day-Paraden geben?

Die Ehe für alle war längst überfällig und ein wichtiger Schritt, aber das ändert erstmal nichts daran, dass es immer noch ganz viele Formen von Diskriminierung gibt. Man könnte denken, die Eheöffnung hatte fast einen symbolischen Charakter, denn es gibt immer noch keine gleichen Rechte was Familiengründung angeht. Schwul ist immer noch das Schimpfwort Nummer eins auf deutschen Schulhöfen. Wer kennt nicht den Satz „Ich habe nichts gegen die, aber...“? In diesem „Aber“ steckt eine Diskriminierung, die allen Gesetzen zum Trotz noch tief in den Köpfen verwurzelt ist. Erleben wir nicht in den letzten Monaten eine breite und fast schon generelle Rückkehr zur Ausgrenzung von Minderheiten? Gleichgeschlechtliche Paare können sich nicht überall trauen, Hand in Hand über die Straße zu gehen.

Bietet der CSD auch die Möglichkeit neue Leute anzusprechen?

Ja, auf jeden Fall! Und es ist wichtig für uns als LINKE dort präsent zu sein. Die Geschichte des CSD ist eine poli-

tische. Es ging von Anfang an darum, sich gegen Repressionen zur Wehr zu setzen. Heute ist die Parade für viele Leute die Möglichkeit, einmal im Jahr befreit ihre sexuelle Orientierung zeigen zu können und sich nicht verstecken zu müssen. Und sie ist auch ein Wink in die Gesellschaft: Wir sind da und wir sind viele! Zum CSD in Dresden kommen ja auch Leute aus kleineren Orten und Dörfern, für die das nochmal ein ganz anderes Erlebnis ist. In den drei großen Städten in Sachsen ist es viel einfacher. Da gibt es eine vernetzte Vereinsarbeit, die Beratungsarbeit leisten. Hier in Dresden ist das der Gerede e.v. Wir als LINKE haben ein politisches Angebot mit unseren Forderungen und Möglichkeiten. Wir können Themen setzen und auch diejenigen erreichen, die sich vielleicht in diesem Jahr noch nicht alleine auf die Straße trauen, noch nicht geoutet sind oder am Rand stehen.

Was sind konkrete Forderungen der LINKEN im Bereich Gleichstellungspolitik? Was sind die Erfolge der vergangenen Jahre?

In Sachsen gibt es einen Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen. An diesem haben ich und weitere Menschen viel mitgearbeitet. Es ist gut, dass es den Aktionsplan

gibt, aber da bleiben aus LINKER Sicht und auch Sicht der zum Thema arbeitenden Vereine noch viele Forderungen offen. Wir haben als Fraktion einen Antrag für intergeschlechtliche Menschen eingebracht. Es kann nicht sein, dass es immer noch geschlechtsangleichende Operationen bei Minderjährigen gibt, die dann teilweise ihr Leben lang mit Konsequenzen einer Entscheidung leben müssen, die sie nicht selbst treffen konnten. Das ist keine Frage von Minderheiten, sondern von Menschenrechten.

Also wäre es toll, wenn möglichst viele LINKE zum CSD kommen?

Klar! Die CSDs in Deutschland sind mehr als nur eine Demonstration für die Gleichberechtigung. Sie sind ein Signal für eine offene, vielfältige und tolerante Gesellschaft und damit ein Bekenntnis zu den Grundrechten und dem Fundament unserer Gesellschaft. Wir als LINKE streiten für eine Welt, in der alle frei und selbstbestimmt leben können, in der sie keine Gewalt erfahren, nur weil sie anders leben und lieben. Deshalb ist Queerpolitik ein linkes Politikfeld, in dem es um viel mehr geht als den bunten CSD oder die Frage, wer heiraten darf.

www.csd-dresden.de
www.sarah-buddeberg.de

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur dritten Geschlechtsoption ist ein großer Schritt nach vorn. Trotzdem ist für Intergeschlechtliche noch lange nicht alles erreicht und es gibt jede Menge offener Fragen: Was genau fordern Intergeschlechtliche? Und wie werden die vom Bundesverfassungsgericht geforderten Änderungen des Personenstandsgesetzes und der Antrag der Fraktion (Drs. 6/9601) diesen Forderungen gerecht?

Zusammen mit Vertreter*innen von Inter*-Organisationen und Vertreter*innen lokaler LSBTIQ*-Initiativen diskutiert Sarah Buddeberg, Sprecherin für Gleichstellungs- und Queerpolitik der LINKEN im Sächsischen Landtag, diese Fragen und will mit Betroffenen, Initiativen und Medien ins Gespräch kommen.

„Dritte Option reicht nicht!“

4. Juni 2018 von 17:30–20:00 Uhr
WIR AG, Martin-Luther-Str. 21,
01099 Dresden

Ein Gespenst geht um in Europa....

von Franziska Fehst und Christopher Colditz

Zumindest wenn es nach dem Jugendverband geht. Vom 13.-15.4. fand in der Alten Parteischule Erfurt der XI Bundeskongress der linksjugend [solid] statt. In Zweierlei Hinsicht eine spannende Wahl, da neben dem historischen Hintergrund der Tagungsstätte, der letzte Erfurter Bundeskongress 2015 sehr emotional verlief. Es wurde strittige inhaltliche Entscheidungen gefällt und am Ende wurde der Kongress ohne gewählte Bundesschiedskommission aufgelöst.

Und somit stand auch dieser Bundeskongress in Erfurt zunächst unter keinem guten Stern: im Vorfeld hatte eine Diskussion zur Unvereinbarkeit mit der SAV (Sozialistischen Alternative Voran) für große Diskussionen gesorgt. Der Antrag fand zwar eine Mehrheit von knapp 60%, jedoch nicht die für eine Satzungsänderung erforderlichen 2/3. Doch trotz des kontroversen Themas ging es Samstag früh Munter weiter. Es standen 50 Anträge mit über 50 Änderungsanträgen auf der Liste, und wie alle zwei Jahre ein Monstrum an Wahlen (Bundessprecher*innenrat, Kassenprüfung, Bundesparteitagsdelegation, etc.). Doch dank einer tollen Vorbereitung und viele Helfer*innen in den Kommissionen, konnten wir Sonntagnachmittag beruhigt nach Hause fahren: Alles geschafft! So konnten wir sogar am Sams-



Foto: Christopher Colditz

tag noch mit über 150 Leuten in der Erfurter Innenstadt geschlossen gegen die AfD demonstrieren und Samstagabend noch eine großartige Party feiern.

Inhaltlich konnten viele Kompromisse vereinbart werden. So wurde unter anderem ein Antrag aus Sachsen zum Thema leichte Sprache beschlossen und wird

auch auf dem nächsten Bundesparteitag eingereicht werden. Auch wurden Selbstverständlichkeiten wie die Unterstützung von „Ende Gelände“ oder ein Antrag aus Sachsen zur Unterstützung der Proteste (siehe Foto) gegen das Nazifestival in Ostritz am 20./21. April wurden einstimmig beschlossen.

Aber auch zum Thema Wahlen gibt es aus unserem Landesverband viel Positives. In fast allen Gremien sind sächsische Genoss*innen vertreten. Franzi hat zudem das Votum als Jugendpolitische Sprecher*in für den Parteivorstand auf Bundesebene erhalten und muss dafür noch beim Bundesparteitag in Leipzig bestätigt werden. Somit hätten wir dann Florian als jugendpolitischen Sprecher für Dresden, Christopher als jugendpolitischen Sprecher in Sachsen und bald Franzi als jugendpolitische Sprecherin auf Bundesebene. 3 JuPos aus Dresden – ist auch mal ne Leistung! :D

Alles in allem also ein unfassbar erfolgreiche Bundeskongress. Wir wünschen vor allem dem Bundessprecher*innenrat viel Erfolg im kommenden Jahr. Lasst es ordentlich spuken.



Cornelia Ernst (1.v.l.) war gemeinsam mit MdL Katrin Kagelmann (3.v.l.) und MdL Marco Böhme (4. v.l.) auf der viertägigen Lausitztour



Das Lausitzer Seenland: Entstanden aus der Flutung früherer Tagebaue

Kreative Lausitzer „Köpfe“ brauchen mehr Unterstützung

von Dr. Cornelia Ernst

Es gehört zu den Traditionen der LINKEN, nicht über den Kopf der Bürgerinnen und Bürger hinweg Politik zu betreiben, sondern gemeinsam mit den Menschen Lösungen vor Ort zu entwickeln. Seit Jahren beschäftigen wir uns mit dem seit Beginn der 1990er Jahre laufenden Strukturwandel in Sachsen und insbesondere in der Lausitz. Immer wieder waren wir vor Ort.

In dieser Tradition stand auch die diesjährige viertägige Strukturwandel-Tour der Europaabgeordneten Cornelia Ernst, der Lausitzer Landtagsabgeordneten Kathrin Kagelmann und des energie- und klimapolitischen Sprechers der Landtagsfraktion Marco Böhme. Es gab viele Gespräche und Vor-Ort-Termine mit Vereinen wie den Lausitzer Perspektiven oder der Grünen Liga Cottbus, grenzüberschreitend wirkenden, kommunal getragenen Akteuren wie der Wirtschaftsregion Lausitz und Wirtschaftsförderern wie der Lautech in Hoyerswerda oder der Marketinggesellschaft Oberlausitz.

In einer Abschlussrunde im Rathaus Weißwasser diskutierten am Mittwoch vor Ostern die Abgeordneten vor allem mit zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Stadtverein Weißwasser, mit Stadt- und Kreisräten, der regionale DGB-Verantwortlichen sowie den Initiatoren von „Strukturwandel Jetzt - Kein Nochten II“. In dieser Runde wurde u.a. kritisiert, dass im Diskussionsprozess die zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen Akteure schon deshalb weniger Gehör finden, weil sie gegenüber hauptamtlichen Wirtschafts- und Verwaltungsakteuren strukturell benachteiligt sind. Erforderlich sei deshalb ein Interessenausgleich zwischen beiden Ebenen, der die Zivilgesellschaft gegenüber Wirtschaft und Verwaltung stärkt, um keine neuen Verlierer zu produzieren. Daneben wurde die unüberschaubare Zersplitterung zwischen unterschiedlichen Strukturwandelgremien beklagt, die zum „pensionsnahen Rückzugsraum für müde Beamte und Politiker“ würden. Überhaupt fehle „eine gemein-

same Stimme“ für die Region, die auf Bundes-, aber insbesondere auf Europaebene überhaupt durchdringen kann. Die Region leide an einer „mental Schwermut“, die aus der Erfahrung vergangener Strukturbrüche resultiert.

Die zweistündige Debatte brachte nicht nur kritische Hinweise, sondern auch viele konkrete Vorschläge. Die Abgeordneten nahmen zahlreiche Anregungen für ihre Arbeit in Dresden, Berlin und Brüssel mit. Für sie ist klar, dass die Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt und eingebunden werden muss. Dazu sind bürgerschaftliche Teilhabestrukturen besonders im Prozess der Leitbilderarbeitung vorzusehen. Zusätzlich wird DIE LINKE fordern, dass der künftige Strukturwandelfonds des Bundes eine Säule für Projekte der Zivilgesellschaft ausdrücklich vorsieht. Auf Landesebene werde man darauf drängen, dass die fehlenden landeseitigen Verwaltungsvoraussetzungen zum Abrufen von Bundesfördermitteln

(Richtlinien, Verordnungen) sofort auf den Weg gebracht werden. Außerdem muss ein regionales Modell der Internationalen Bauausstellung (IBA-Regionale) für das Lausitzer Seenland in Fortführung der IBA „Fürst-Pückler-Land“ in Brandenburg beantragt werden. Zudem wurde festgestellt, dass der Landkreis Bautzen künftig als aktives Mitglied in der länderübergreifenden Wirtschaftsregion Lausitz mitwirken soll.

Im Europaparlament gibt es seit Dezember letzten Jahres die „Kohleplattform“, in der Vertreterinnen und Vertreter aus 41 Regionen über die Zukunft dieser Energie debattieren. Sachsen wird zudem eine der EU-Modellregionen für eine kohlendioxidarme Wirtschaft sein. Am 2. Mai kommt im Europaparlament der mehrjährige Finanzrahmen auf den Tisch, in dem es darum geht, künftige Mittel für die Regionen in Europa festzuschreiben. Ein Ziel der LINKEN ist es, dass Regionen wie die Lausitz darin eine besondere Berücksichtigung finden.

CubaSI informiert

von Andreas Grünzig

Die Sammlung vom 01.03.2018 war wieder ein Erfolg. Sammlungsergebnis waren 20 Kartons mit hochwertigen Gütern. Dabei waren Handwerkzeuge, Handtücher, Hygieneartikel, Wäsche, Schreibwaren und Haushaltskerzen. Zwei Nähmaschinen, Musikinstrumente, wie Gitarren und Flöten. Weiter Rollatoren, ein Skateboard und mehrere Schirme. Zur Spendenaktion gehörten 45 Fahrräder, davon wurden 41 vom Verein Arbeit und Leben Dresden (AuL) und 4 vom Roten Baum zur Verfügung gestellt. Von Vertretern vom Koordinierungsrat Berlin sowie Andreas und seinem Verwandten wurden diese Fahrräder in den Lagern abgeholt und mit anderen Spenden auf einen LKW verladen.

Wir danken allen Spendern und Helfern recht herzlich für diesen Kraftakt, besonders bedanken wir uns bei den Vertretern des Vereins AuL und den Jugendlichen des Roten Baum. Unser Dank geht weiter an die vier Familien, die hochwertige Güter und Geldspenden für diesen Erfolg beigetragen haben. Weiter geht der Blick zur nächsten Spendenaktion, die am **07.06.2018** stattfinden wird. Bereits Anfang April konnten wir dafür weitere Sachspenden und Fahrräder erhalten.

Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba SI Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074

Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“



Nächster Sammlungstermin: 07. Juni 2018 von 10 bis 16 Uhr im Haus der Begegnung

Hauptaugenmerk der weiteren Arbeit in diesem Monat war und ist die Vorbereitung unseres Beitrages zum Fest der Linken am 01.05.2018. CUBA SI Dresden wird dabei mit einem eigenen Stand vertreten sein, an dem es viel Informationsmaterial und Gesprächsangebote geben wird. Für Getränke wird auch wieder gesorgt sein. Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher und einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch.

Informationen aus und über Kuba

Am 11.04.2018 hat das kubanische Volk eine neue Nationalversammlung gewählt. Diese Wahl erfolgte

auf der Grundlage der Bestimmungen der Verfassung der Republik Kuba. 82,9 % der wahlberechtigten Kubaner und Kubanerinnen haben sich mit ihrer Stimme an der Wahl beteiligt. 5,6 % gaben leere Stimmzettel ab oder machten diese ungültig.

Entsprechend den Regelungen dieser Verfassung war jede/r Kubaner und Kubanerin mit vollendetem 16. Lebensjahr wahlberechtigt. Jeder, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, konnte sich als Kandidat zur Wahl stellen. Von den gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung sind 53,2 % Frauen und 40,0 % afroamerikanischer Herkunft.

Am 19.04.2018 wird die Nationalversammlung nach ihrer Konstituierung die weiteren Organe der Volksmacht wählen. Dazu gehören der/die Präsident/in, der/ die Vizepräsident/in. Gemäß der Verfassung der Republik Kuba wird weiterhin der Staatsrat mit seinem/r Präsident/in einem/r Vizepräsidenten/in sowie weitere Mitglieder des Staatsrates gewählt. Der Präsident des Staatsrates ist damit Staats- und Regierungschef. Entgegen den Behauptungen westlicher Medienvertreter darf sich die kommunistische Partei Kubas gemäß den Wahlgesetzen nicht in die Aufstellung der Kandidaten für die Nationalversammlung einmischen.

Weitere Informationen über die Entwicklung und Kuba sowie Mittel- und Südamerika in der nächsten Ausgabe dieser Zeitung. Saludos solidarios!

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Thomas Feske, Jens Matthis, Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Franziska Fehst, Christopher Colditz, Martin Hilbig, Dr. Cornelia Ernst, Dr. Margot Gaitzsch, Lucy Redler
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH Cottbus

Mittwoch, 25. April 2018

19.00 Uhr

"Grüß Gott! Da bin ich wieder!" Karl Marx in der Karikatur

Mit Katja Kipping (Vorsitzende DIE LINKE) und Rolf Hecker (Herausgeber)

Auswahl d. Karikaturen: Rolf Hecker, Hans Hübner, Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

„Ich bin kein Marxist“ sagte Marx von sich selbst. Aber sein Ansatz war allzu wirkungsmächtig, als dass ein „-ismus“ zu vermeiden gewesen wäre. Trotzdem ließ seine Lehre Interpretationsspielräume zu und „Marxismus“ wurde zum Label einer breiten Vielfalt von Theorien und Bewegungen in aller Welt. Welche Grundlinien mit welchen Unterschieden haben sich entwickelt? Und was bedeutet „marxistisch“ in seinem Kern heute?

Die Reihe beleuchtet die Aktualität Marx' Schriften und die Beschreibung ihrer Grenzen in der Gegenwart, aber auch die Inspiration und Faszination, die nach wie vor von ihnen ausgehen.

WIR-AG

Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden



Mehr Informationen auf sachsen.rosalux.de // info@rosalux-sachsen.de



Politisches Fest zum 1. Mai - Das Programm

Auch in diesem Jahr wird DIE LINKE. Dresden den 1. Mai mit einer Veranstaltung auf dem Alaunplatz begehen. Außerdem findet selbstverständlich der Schulterschluss mit den Gewerkschaften statt, indem auch dieses Jahr vor dem Volkshaus auf dem Schützenplatz bei der Veranstaltung des DGB Präsenz gezeigt wird. Wer gleichzeitig beide Veranstaltungen besuchen möchte, dem sei unser kostenloser Bus-Shuttle zwischen dem Alaunpark und dem Schützenplatz empfohlen: Auf der Bühne werden auch in diesem Jahr die Abfahrtszeiten des Busses rechtzeitig bekannt gegeben.

Neben einem musikalischen Bühnenprogramm werden auch in diesem Jahr LINKE Politikerinnen und Politiker aus Stadt, Land, Bund und Europa Rede und Antwort stehen: Auf der Bühne mit Po-

littalk und natürlich auch an den Infoständen der LINKEN und ihrer vielfältigen Arbeitsgemeinschaften. Informationen gibt es auch an vielen weiteren Ständen von diversen Gruppen, Vereinen und Initiativen, von Attac bis zum Tierschutzverein über die Kulturloge bis zu Frauenfördervereinen etc. Der Jugendverein Roter Baum ist mit Spielen vor Ort und informiert über seine Ferienlager. In diesem Jahr möchten wir natürlich wieder gemeinsam ein großes Picknick veranstalten. Wir nehmen die Tradition der letzten Jahre auf an und bieten unserer Genoss*innen und allen Gästen ein abwechslungsreiches Gratis-Picknick an, was auch die gesamte Veranstaltung über angeboten wird. Deshalb die Bitte, Salate, Dipps für Brot, Teigwaren, Fleischbällchen, Gemüwesticks und Ähnliches mitzubringen und zu teilen.

11 Uhr Beginn und Eröffnung,

Moderation von Anne Holowenko und Thomas Feske

Musikalischer Rahmen mit: The Fingersnappers Duo aus Dresden und King Gulliver

ab 11: 30 Uhr Politischer Talk mit:

Katja Kipping, Bundesvorsitzende und MdB

Kulturbürgermeisterin **Annekatri Klepsch**

Sozialbürgermeisterin **Dr. Kris Kaufmann**

André Schollbach, LINKE-Fraktionsvorsitzender im Dresdner Stadtrat

Dr. Cornelia Ernst, Europaabgeordnete der GUE/NGL, und

Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

Sowie natürlich weiteren Mitgliedern des Stadtvorstands DIE LINKE. Dresden und Stadträtinnen und Stadträten der LINKEN im Dresdner Stadtrat

Free Lunch Society

Wie könnte eine Gesellschaft mit bedingungslosem Grundeinkommen funktionieren? Würden wir ohne die tägliche Verrichtung einer Erwerbsarbeit faul vor dem Fernseher verkümmern oder würden wir, frei von zeitraubenden Zwängen, ganz neue kreative und gemeinnützige Energien entwickeln? In der Dokumentation „Free Lunch Society“ beschäftigt sich Filmemacher Christian Tod mit den Möglichkeiten

und Hintergründen des bedingungslosen Grundeinkommens, das vor wenigen Jahren noch als völlige Utopie galt, inzwischen aber immer mehr Fürsprecher gewinnt. Christian Tod spricht mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft über die Gründe für das Zerbrechen der Mittelschicht und mögliche Lösungsansätze - eben auch das Grundeinkommen, dessen Idee er rund um den Globus nachspürt.

19:30 Uhr Film Free Lunch Society in der Schauburg: Eintritt frei!

Dokumentarfilm, BRD 2018

Regisseur: Christian Tod, Kamera: Lars Barthel, Drehbuch: Christian Tod

Produzenten: Arash T. Riahi, Karin C. Berger

